Nr. 505 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 246

Abend-Ausgabe

5 Mark

Bezugspreis:
Für den Monat Oktober 250.— M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Oesterreich und Luxemburg 340.— M., für das übrige Ausland 515.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 60.— M. Reklamezeile 300.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 11.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 7.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 5.— M., jedes weitere Wort 4.— M. Worte über 15 Buchstaben gelten für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 20.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Mittwoch, den 25. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Das Kabinett Bonar Law.

London, 25. Oktober. (WTB.) Das neue Kabinett ist gestern abend folgendermaßen gebildet worden: Premierminister Bonar Law, Lordkanzler Viscount Cave, Lordpräsident des Geheimen Rats und stellvertretender Führer des Oberhauses Lord Salisbury, Schatzkanzler Baldwin, Staatssekretär des Innern Bridgeman, Staatssekretär der Kolonien Herzog von Devonshire, Staatssekretär des Aeußern Viscount Peel, Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Lord Curzon, Staatssekretär des Kriegsamts Lord Derby, Handelsminister Sir Philip Lloyd Greame, Erster Lord der Admiralität Amery, Gesundheitsminister Sir Arthur Boscawen, Landwirtschaftsminister Sir Robert Sanders. Einige Aemter sind noch zu besetzen, auch die Unterstaatssekretäre sind noch nicht ernannt.

Bonar Law, der das neue konservative englische Kabinett gebildet hat und an seiner Spitze steht, ist ein Mann von 64 Jahren, der früher Teilhaber einer Eisenfirma in Glasgow war und zum erstenmal im Jahre 1900 ins Parlament gewählt wurde. Bereits 1902 trat er als politischer Sekretär des Handelsamts in die Regierung ein und behielt diesen Posten bis zum Schluß des Kabinetts Balfour bei. 1911 wurde er zum Vorsitzenden der Konservativen Partei gewählt. Er gehörte dann dem ersten Koalitionsministerium, das Asquith nach Ausbruch des Krieges bildete, als Kolonialminister an. Nachdem Asquith von Lloyd George abgelöst war, wurde Bonar Law Schatzkanzler und nach den Neuwahlen von 1918 Großsiegelbewahrer. Im März 1921 trat er aus Gesundheitsrücksichten aus der Regierung aus und legte gleichzeitig die Leitung der Partei nieder. An seine Stelle wurde Austin Chamberlain gewählt. Bonar Law hat längere Zeit gezögert, ob er sich dem Angriff der koalitionsfeindlichen Konservativen gegen Lloyd George anschließen solle. Erst am Vorabend der entscheidenden Sitzung der Konservativen Partei, die am vergangenen Donnerstag im Dworion Club in London stattfand, entschloß er sich zur Teilnahme an der Konferenz, auf der dann sein Auftreten die Niederlage der Chamberlaingruppe endgültig entschied. Er wurde nun aufs neue zum Parteiführer gewählt und vom König mit der Regierungsbildung beauftragt.

Der neue Premierminister genießt nicht nur bei seinen politischen Freunden hohe persönliche Achtung. Man rühmt seine Einfachheit und geradlinige Ehrlichkeit. Deutschland gegenüber ist er objektiv, und er gehört zu denen, die den Versailler Frieden in wesentlichen Punkten für undurchführbar halten. Viel beachtet wurde ein Brief, den er auf dem Höhepunkt der türkischen Krisis an die „Times" richtete und in dem er Poincaré recht deutlich zu verstehen gab, daß auch er und seine Freunde sich den weitgehenden Ansprüchen der französischen Politik widersetzen würden.

Unter den neuen Ministern befinden sich einige, die bereits der Regierung Lloyd Georges als konservative Mitglieder angehört haben. So vor allem Lord Curzon, der wieder an der Spitze des Auswärtigen Amtes steht, der Gesundheitsminister und der Schatzkanzler Baldwin, der im Carlontlub die Attacke gegen Chamberlain und die Koalition eröffnete. Von den übrigen ist der bekannteste Lord Derby, der zwei Jahre lang nach dem Kriege englischer Botschafter in Paris war. Er ist Frankreich sehr freundlich gesinnt und hängt so sehr an Paris, daß er sich auch heute dort noch eine Privatwohnung hält. Aber auch er hat schon in mehreren Interviews den Franzosen zu verstehen gegeben, daß sie auf seine Sympathien keine übertriebenen Hoffnungen setzen sollen. Er sei Engländer und werde selbstverständlich das britische Interesse in erster Linie im Auge haben. Der rechte Flügel der konservativen Partei, die sogenannte Diehards, scheint in dem Kabinett, dessen erster Schritt nun wahrscheinlich in der Auflösung des Parlaments bestehen wird, nicht vertreten zu sein.

Der Wahlkampf.

London, 25. Oktober (EP.) Der König wird wahrscheinlich nächsten Donnerstag die Verordnung unterzeichnen, wodurch das Parlament aufgelöst wird. Das Nationalkomitee der Arbeiterpartei ersuchte Bonar Law, die Wahlen an einem Sonnabend und nicht mitten in der Woche abhalten zu lassen. Der Wahlkampf wird sich um rein innerpolitische Fragen drehen, höchstens wird die Orientfrage noch eine Rolle spielen. Für die 650 Sitze im Unterhaus sind bereits 1400 Kandidaten angezeigt und diese Zahl wird wahrscheinlich noch bedeutend wachsen. Die Konservativen haben schon 415 Kandidaten aufgestellt, die Koalition der Liberalen 200, die unabhängig Liberalen 300, die Arbeiterpartei 400. Die Unabhängige Arbeiterpartei veröffentlicht einen Aufruf, 5000 Pfund für den Wahlfonds zu sammeln. Die Vereinigung der Ingenieure stellt 15 Kandidaten auf. Mac Kenna tritt in den Reihen der Konservativen in den Wahlkampf und hat in seiner Cityrede Lloyd George heftig angegriffen.

Die unabhängige liberale Partei veröffentlicht ein Manifest, in dem die Politik der Koalition verurteilt und erklärt wird, die Liberalen träten ein für den Frieden, für die Abrüstung mit Hilfe des Völkerbundes, Regelung der Reparationsfrage und der interalliierten Schulden, für die energische Herabsetzung der Ausgaben und jeden Verzicht auf eine Politik militärischer Abenteuer, für Freihandel und Reform der gegenwärtigen Verhältnisse des Grundbesitzes.

Die Krise.

Im Laufe des heutigen Vormittags überreichten die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dem Reichskanzler die in der gestrigen Fraktionssitzung gutgeheißenen Vorschläge. Eine Besprechung des Reichskanzlers mit unseren Vertretern ist für heute nachmittag 4½ Uhr angesetzt. Ihr werden sich Besprechungen mit den anderen Parteien in der Reichskanzlei anschließen.

Ueber die gegenwärtige Aktion der Sozialdemokratischen Partei geht durch die bürgerliche Presse eine Menge von irreführenden Nachrichten. Sie gehen von der Voraussetzung aus, daß es der Partei darauf ankomme, eine Krise zu eröffnen, um sich von der Mitverantwortung an der Regierung zurückziehen zu können, oder daß die Partei irgendeine parteipolitische Machtprobe im Schilde führe. Daraus entsteht dann das völlig falsche Bild von Vorstößen, Rückzügen, Kriseneröffnungen, Krisenvertagungen usw.

Wer die Dinge vorurteilslos beobachtet, wird ohne weiteres annehmen, daß es der Sozialdemokratie nicht darauf ankommt, die Regierung Wirth, die sie solange unterstützt hat, zu stürzen. Nichts liegt ihr ferner als die Absicht, aus Uebermut, Verantwortungsscheu oder Lust an Veränderungen Krisen heraufbeschwören zu wollen. Aber der verzweifelte Zustand unserer Wirtschaft, die Not unseres Volkes und die sich daraus ergebenden inneren und äußeren Gefahren zwingen sie zur Aufstellung eines positiven Programms, das nach ihrer Ueberzeugung geeignet ist, diese Gefahren zu beseitigen oder zu mildern. Im Kampf um dieses Programm können Veränderungen unserer Regierungsverhältnisse unvermeidlich werden. Das weiß die Sozialdemokratie, aber sie kann darum auf ihre Forderungen nicht verzichten. Ihre ganze Einstellung ist keine parteitaktische, sondern eine sachliche.

Die bürgerliche Presse würde viel besser tun, wenn sie sich mit den Problemen der Markstabilisierung, der Volksernährung und den positiven Forderungen der Sozialdemokratie dazu sachlich beschäftigen wollte, statt Bilder von Vorgängen hinter den Kulissen zu entrollen, die vollkommen irreführend sind. Es handelt sich um Schicksalsfragen der Nation, nicht um taktische Kreuz- und Querzüge oder um Personenfragen.

Besprechungen beim Kanzler.

Reichskanzler Dr. Wirth empfängt heute nachmittag 3 Uhr maßgebende deutsche Bankdirektoren. Anschließend an diese Besprechung findet eine Konferenz des Kanzlers mit den Parteiführern statt.

Fechenbach im Zuchthaus!

München, 25. Oktober. (TU.) Am Dienstag wurden die im Landesverratsprozeß verurteilten Angeklagten Fechenbach, Dr. Gargas und Lembke zur Strafverbüßung nach Ebrach bzw. Straubing ins Zuchthaus gebracht.

Hinter den Opfern eines der schändlichsten Justizmorde, die die Weltgeschichte kennt, haben sich die Tore des Zuchthauses geschlossen. Da es gegen das furchtbare Urteil keine Revision gibt und die gegenwärtige bayerische Regierung — wenn auch einzelne ihrer Mitglieder seine verhängnisvolle Tragweite erkennen sollten — bei der gegenwärtigen Lagerung der politischen Machtverhältnisse in Bayern auch nicht den Mut finden wird, den einzig offengebliebenen Weg der Begnadigung zu beschreiten, kann unmittelbar zur Rettung der Opfer und zur Wiederherstellung des gebeugten Rechts nichts Entscheidendes getan werden. Dennoch wäre nichts unwürdiger als schwächliche Resignation. Die Sozialdemokratische Partei hat in den Parlamenten und in der Presse den Kampf ums Recht aufgenommen, und sie rechnet in diesem Kampf auf die tatkräftige Hilfe aller rechtlich denkenden Menschen in Deutschland und in der ganzen Welt ohne Unterschied der Partei.

Der „Vorwärts" wird in der nächsten Zeit eine Reihe von Aufsätzen veröffentlichen, die erst die richtige Vorstellung geben werden von der Ungeheuerlichkeit, die in München verübt worden ist. Die parlamentarischen Verhandlungen werden weitere Aufklärung bringen. Wenn die Welt erfährt, was im Fechenbach-Prozeß geschehen ist, wird eine Bewegung entstehen, die schließlich auch stark genug sein wird, die bayerischen Zuchthaustore zu zerbrechen.

Das kollektive Arbeitsrecht.

Von Dr. Flatow, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat es mit innerer Notwendigkeit mit sich gebracht, daß in einer Zeit wachsender Staatsfeindlichkeit gewisser Kreise die so oft als staatsfeindlich verschrieene Arbeiterklasse zum festesten Bollwerk des Staates geworden ist; instinktiv fühlt die Arbeiterschaft, daß sie in dem Staat ihre eigene Zukunft verteidigt, und der heiße Drang und die Erkenntnis der Notwendigkeit, den Staat zu schützen, zu beeinflussen und im Sinne der politischen Ideale der Arbeiterklasse umzugestalten, war gewiß mit einer der treibenden Faktoren für die sehnlichst erwartete Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien.

Wenige Gebiete unseres sozialen Lebens sind so geeignet, die Zusammenhänge zwischen Staat und wirtschaftlicher Lage des einzelnen auch dem letzten Arbeitnehmer klar zu machen, wie das kollektive Arbeitsrecht, das in Gestalt des Tarifrechts, Betriebsräterechts und Schlichtungswesens heute das Schicksal der gesamten Arbeitnehmerschaft entscheidend beeinflußt. Wohl können in der Theorie die gewerkschaftlichen Organisationen und die Betriebsvertretungen, denen die Revolution und hernach die Weimarer Verfassung Lebensrecht in der deutschen Arbeitsverfassung verschafft hat, ohne das Dazwischentreten staatlicher Organe in freiem, auf dem gegenseitigen Kräfteverhältnis beruhenden Zusammenwirken mit den Arbeitgeberverbänden und den einzelnen Arbeitgebern die Arbeitsverhältnisse lückenlos regeln. Aber die Praxis zeigt, daß weder die hierzu erforderliche lückenlose Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bisher erreichbar war, noch das staatliche Dazwischentreten entbehrt werden kann, um mit dem möglichst geringsten Maß von Arbeitskämpfen das Ziel der neuen Arbeitsverfassung, die grundsätzlich allumfassende kollektive Regelung des Arbeitsverhältnisses mit Hilfe der Gewerkschaften zu verwirklichen. Auch dort, wo die Organisationen sich anscheinend freiwillig einigen, gelingt dies — von dem Kräfteverhältnis der Parteien als wesentlichste Bedingung abgesehen —, oft genug nur, weil für den Fall des Mißlingens im Hintergrund die Möglichkeit staatlichen Eingreifens gegeben ist. Darin besteht ja das grundsätzlich Neue und oft keineswegs genügend gewürdigte Wesen des modernen kollektiven Arbeitsrechts, daß die Gewerkschaften, die eine tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses herbeizuführen wünschen (und ähnlich die Betriebsvertretungen im Rahmen ihrer betrieblichen Zuständigkeit), auch gegen den Willen der tariffeindlichen Gegenpartei ein Tätigwerden des Schlichtungsausschusses herbeiführen können, der äußerstenfalls in Abwesenheit des anderen Teiles seinen, wenn auch auch zunächst unverbindlichen Schiedsspruch zu fällen hat. Dieser Schiedsspruch kann dann durch das Mittel der Verbindlichkeitserklärung zwangsweise zum Tarifvertrag und der Tarifvertrag wiederum schließlich durch das Mittel der Allgemeinverbindlicherklärung auch für die Arbeitsverträge der Außenseiter, die aus irgendwelchen Gründen noch nicht den Weg zur Organisation gefunden haben und leicht zu Lohndrückern werden können, zum maßgebenden Berufsrecht werden.

In dreifacher Form wird so möglicherweise der Staat heute zum entscheidenden Faktor für das Arbeitsschicksal des einzelnen Arbeiters: als Schlichtungsausschuß, als Behörde für die Verbindlichkeitserklärung und als Behörde für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung.

Der unparteiische Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, den nach § 15 Absatz 4 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 bei mangelnder Einigung der Beisitzer die Landeszentralbehörden ernennt, der Regierungspräsident als Demobilmachungskommissar (in Preußen) oder die sonst zur Verbindlichkeitserklärung berufene staatliche Behörde, das Reichsamt für Arbeitsvermittlung — bis vor kurzem das Reichsarbeitsministerium —, als die für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung zuständige Behörde, sie alle drei beherrschen jeder in verschiedenen Stadien des kollektiven Arbeitsrechtes heute das Schicksal von Millionen und aber Millionen von Menschen, die nebst ihren Angehörigen von dem Inhalt der Tarifverträge in ihrer Existenz, in ihrem Anteil an dem gesamten Gütervorrat der Nation abhängen. Vergegenwärtigt man sich einmal diese Tatsache, so erkennt man, welche Bedeutung auch unter diesem Gesichtspunkt der Kampf um die politische Macht und um die, wenn auch in einer Koalition beschränkte, Teilnahme an ihr hat, weil damit die Beeinflussung der Personalpolitik, der Besetzung der soeben genannten drei verschiedenen öffentlichen Aemter zusammenhängt. Ein gut Teil der Meinungsverschiedenheiten, die die Arbeiterklasse in den letzten vier Jahren im Zusammenhang mit der Frage der Koalitionsregierung durchwühlt haben, beruht auf einer ungenügenden Würdigung der Beziehungen zwischen Regierungsgewalt und Staatsverwaltung und ihrer Einwirkung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse. Wer die Grundgedanken des neuen, staatlicher Beeinflussung unterliegenden kollektiven Arbeitsrechts — Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung, Schlichtungswesen, Verbindlichkeitserklärung und Allgemeinverbindlicherklärung — bejaht, kann auch nicht grundsätzlich Abstinenz gegenüber dem Staate predigen, sondern muß sich allein von

Zweckmäßigkeitserwägungen leiten lassen, wenn die Frage der Beteiligung an der Regierungsbildung und die Uebernahme dieses oder jenes Ministeriums zur Erörterung steht.

Eine besondere Bedeutung gewinnen diese Ausführungen, wenn man an die bevorstehende gesetzliche Neuregelung des Schlichtungswesens und des Tarifrechts denkt. Wie auch immer hierbei die gewiß schwierige Frage der Besetzung der Schlichtungsämter, Landesschlichtungsämter, des Reichsschlichtungsamts, der Tarifämter und der zur Verbindlichkeitserklärung berufenen paritätischen Behörden gelöst werden wird, so ist doch unverkennbar, daß angesichts der Tatsache des Gegensatzes von Arbeitgebertum und Arbeitnehmerschaft trotz aller Einigungsmöglichkeiten und Vorschlagsrechte, die man den Beteiligten einräumen mag, oft genug die letzte Entscheidung, zumindest über die Person des Vorsitzenden (der Entwurf der Schlichtungsordnung sieht sogar an einigen Stellen eine Verstärkung der Schlichtungsbehörden durch weitere vom Staat ernannte juristische oder durch vom Vorsitzenden seinerseits zuzuziehende Beisitzer vor), dem Staat verbleiben wird. Seine Personalpolitik in diesen Dingen — es handelt sich hier um Befugnisse des Reichs und der Länder — ist daher von entscheidender Bedeutung für das Schicksal der Arbeiterschaft und für das Gelingen und die Art der friedlichen Beilegung kollektiver Arbeitskämpfe. Keine noch so freundliche Bejahung und Förderung der arbeitsrechtlichen Selbstverwaltung der Organisationen kann im heutigen Staate die Tatsache des Klassengegensatzes und damit, soweit es sich vor allem um den friedlichen Ausgleich der Gegensätze mittels der Tarifverträge als ständiges „Waffenstillstandsabkommen" handelt, der notwendigen staatlichen Einflußnahme, besonders in den schärfsten Konflikten, aus der Welt schaffen. Es sei denn, man entschlösse sich, das kollektive Arbeitsrecht bei mangelnder Einigung der Interessenten zum Stillstand zu verurteilen und nur von dem Ergebnis des Kampfes abhängig zu machen.

Diese Darlegungen wären unvollständig, wenn sie nicht wenigstens auch in diesem Zusammenhange andeuteten, wie enge Beziehungen zwischen Sozialpolitik und Beamtenpolitik, besonders gegenüber den höheren Beamten bestehen, die — seien es Verwaltungsbeamte, Juristen oder Nationalökonomen — wohl überwiegend heute wie in Zukunft den gesetzlichen Schlichtungsausschüssen, Tarifämtern usw. vorstehen werden. Ihre geistige Einstellung ist für die Praxis des modernen Arbeitsrechts von weittragendem Einfluß. Hier gilt es für die Arbeiterbewegung moralische Eroberungen zu machen, alte Fehler in der Akademikerfrage nicht zu erneuern, sondern durch eine kluge und geschickte Universitätspolitik den jungen Studenten und Akademikern, dem künftigen Beamtennachwuchs, die Arbeiterbewegung in allen ihren Zweigen und Erscheinungsformen, auch im gewerkschaftlichen Alltagskampf, als Kulturbewegung vor Augen zu führen. Ihnen muß gezeigt werden, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht eine bloße Lohnbewegung des Handarbeiters ist, sondern daß ihr Ziel, mag es auch noch so fern liegen, die Befreiung aller arbeitenden Menschen von wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten, die Schaffung einer wahren, persönliches Streben und Gemeinschaftssinn harmonisch verknüpfenden Volksgemeinschaft ist. Das Bündnis zwischen Wissenschaft und Arbeit, das Lassalle einst predigte, brauchen wir heute mehr denn je, wollen wir eine Wirtschafts- und Sozialpolitik treiben, die sich nicht von den Klasseninteressen kleiner Schichten, sondern allein von der Rücksichtnahme auf die körperliche, geistige und moralische Gesundung und Fortentwicklung unseres schwer gefährdeten Volkes leiten läßt, die auch unter Umständen vor harten Anforderungen an die Arbeiterklasse nicht zurückzuschrecken braucht, wenn sie im Interesse der Gesamtheit notwendig sind und durch entsprechende Opfer der anderen Schichten des Volkes je nach ihrer Leistungsfähigkeit ergänzt werden.

Otto Wels in Sofia. Auf dem soeben abgehaltenen Kongreß der bulgarischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei war für die 2. Internationale und die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands Genosse Otto Wels anwesend.

Sturm gegen den Achtstundentag.

Durch die Presse geht die Mitteilung, daß sich einer der größten unter den Schwerindustriellen des Rheinlandes, Herr August Thyssen, an den Reichskanzler mit einem Briefe gewendet hat, in der er den Kanzler auffordert, sich an die Spitze der Bewegung für die Wiedereinführung einer verlängerten Arbeitszeit zu setzen.

Dieser Vorstoß kommt nicht von ungefähr. Er bildet gewissermaßen ein weiteres sehr wesentliches Glied in der Kette der Versuche, die eine der wichtigsten sozialen Errungenschaften der Revolution, den Achtstundentag, aus der Welt zu schaffen. Nachdem Landwirtschaft und Industrie in entwerteter Papiermark ihre Goldschulden abgestoßen, entdecken sie endlich, daß etwas Durchgreifendes zur Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands geschehen müsse. Aber nicht etwa in dem Sinne, daß die riesenhaft gesteigerten Realwerte für das gesamte Volk nutzbar gemacht werden sollten. Der einzige Ausweg, den sie wissen, ist lediglich der Vorschlag, daß die Arbeiter und Angestellten längere Zeit wieder in die Arbeitsfron gespannt werden. August Thyssen beruft sich auf eine Zeitungsmeldung, wonach in Frankreich bereits die Aufhebung des Achtstundentages bei der Eisenbahn und der Handelsmarine erfolgt sei. Er behauptet, daß auch in Belgien schon seit längerem Bestrebungen auf Wiedereinführung der alten Arbeitszeit im Gange seien. Und selbstverständlich zieht er daraus die Folgerung, daß nun erst recht Deutschland mit dem Rückschritt vorangehen müsse.

August Thyssen steht unseres Wissens der Zentrumspartei nahe. Und es ist sicher nicht ein bloßer Zufall, wenn auch die parteiamtliche Zentrums-Parlaments-Korrespondenz sich neuerdings in auffälliger Weise an die Seite derjenigen stellt, die die Arbeitszeit verlängern möchten. Sie polemisiert gegen die sozialdemokratischen Vorschläge, die auf eine Stabilisierung der Mark hinzielen, und versichert, daß nicht nur in anderen Berufszweigen, sondern „auch bei den Arbeitern und nicht zuletzt bei den zur Sozialdemokratie zählenden Arbeitern" gesündigt würde: „Was die Sozialdemokratie in ihren eigenen Reihen dazu tun kann (zur Erzielung einer positiven Handlungsbilanz), das wird sie wohl wissen. Es wäre vaterländischer gedacht und gehandelt, wenn sie sich anschickte, hier mehr das Gewissen der ihr folgenden Massen zu schärfen, als sich mit dem lächerlichen Nimbus des verkannten politischen Genies und Vaterlandsretters zu umhüllen." So viel sieht allerdings die Zentrumskorrespondenz ein, daß „auch die Träger der Industrie, die Landwirte und die Bankwelt zu einer Remedur ihrer bisher so einseitig befolgten Politik des privaten Nutzens" schreiten müßten, um die Einsicht der Arbeiter zu erleichtern.

All das sind aber nur Umschreibungen für die nackte Tatsache, daß auch das Zentrum drauf und dran ist, den Achtstundentag und die sozialen Rechte der Arbeiter beseitigen zu helfen, während es zu einer ernsthaften Maßnahme gegen die Bereicherungssucht und die Spekulationswut die Hand nicht reichen will.

Eberts zweiter Amtsantritt.

Glückwünsche der ausländischen Diplomaten.

Aus Anlaß des gestrigen verfassungsändernden Reichstagsbeschlusses, der den vorläufigen Reichstagspräsidenten zum verfassungsmäßigen erhebt und seine Amtsperiode auf 6½ Jahre verlängert, statteten im Laufe des heutigen Vormittags der englische Botschafter Lord d'Abernon und der tschechoslowakische Gesandte Tusar dem Reichspräsidenten Glückwunschbesuche ab.

Die Fascistenparade.

Rom, 24. Oktober. (EP.) Die große Fascistenkundgebung in Neapel hat sich bis jetzt ohne ernste Zwischenfälle vollzogen. Gegen Mittag wurde jeder Verkehr eingestellt und die Läden geschlossen. Nach einem Umzuge durch die Stadt wurde auf dem Plebiszitplatze eine Versammlung abgehalten, an der sich etwa 30 000 Personen beteiligten. Mussolini hielt eine Rede, in der er u. a. die Forderungen der Fascisten für ihre Beteiligung an der Regierung bekanntgab. Danach beanspruchen sie nicht weniger als fünf Ressorts, nämlich Aeußeres, Krieg, Marine, öffentliche Arbeiten und Landwirtschaft. Sie verlangen ferner Auflösung der Kammer, Wahlreform und Neuwahlen in kürzester Frist, sowie die Zusicherung, daß der Staat seine Neutralität aufgebe, die er einzuhalten versuche, ferner eine strenge Sparpolitik. Mussolini erklärte, der Fascismus berühre die Frage der Staatsform nicht, das italienische Regime müsse sich fest auf die Monarchie stützen.

Internationale Arbeitskonferenz.

Der Achtstundentag.

Genf, 25. Oktober. (WTB.) Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, machte in einem besonderen Bericht über die Frage des Achtstundentages interessante Angaben über den gegenwärtigen Stand des Problems. Das internationale Abkommen über den Achtstundentag ist bisher nur von fünf Staaten: Griechenland, Indien, Belgien, Tschechoslowakei und Rumänien ratifiziert worden. Eine Anzahl europäischer Staaten hat es weder ratifiziert, noch auf eine diesbezügliche Anfrage des Internationalen Arbeitsamts geantwortet. Von den europäischen Staaten, die die Ratifikation noch nicht vorgenommen haben, aber vorbereitende Maßnahmen treffen, haben die meisten, darunter auch Deutschland, das Arbeitsamt über die Gründe der Verzögerung unterrichtet. Deutschland machte dabei seine besondere Lage (!) geltend, die für verschiedene Berufe eine Arbeitsüberhäufung bringe. Es wies ebenso wie England darauf hin, daß man in bezug auf die Kollektivverträge weitherzig (!) sein müsse, was die Ueberstunden betreffe. (Diese Begründung erscheint uns sehr merkwürdig, da sie den Eindruck erweckt, daß die Regierung der Durchlöcherung des Achtstundentages das Wort redet. D. Red.) Besonderen Raum nahmen in dem Bericht des Arbeitsamts die Schwierigkeiten ein, die sich in Frankreich dem Achtstundentag entgegenstellen. Albert Thomas gelangte nach gründlicher Untersuchung der Frage zu dem Schluß, daß eine autorisierte Abfassung des Abkommens notwendig sei, und daß die dazu befähigte Instanz die Konferenz selbst sein müsse. Solange eine formelle Entschließung nicht vorliege, sei es wohl das Richtigste, wenn die diesjährige Arbeitskonferenz den Teil des Abschnittes 13 des Friedensvertrages über die internationale Arbeitsorganisation möglichst rein erhalte und neu belebe.

Der Bürgerblock auch in Thüringen.

Weimar, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der auf Antrag der bürgerlichen Fraktionen, einschließlich der Demokraten, am Montag zusammengetretene Thüringer Landtag beschäftigte sich in der Dienstagsitzung mit der Beantwortung der Interpellation der Rechten und der Demokraten, die diese auf Grund des bei den Kommunalwahlen zustandegekommenen Wahlsieges einbringen zu müssen glaubten: „Wie gedenkt die Regierung den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen?"

Staatsminister Genosse Fröhlich beantwortete diese Anfrage, indem er ausführte: „Die Frage ist an die falsche Adresse gerichtet. Nach § 3 der Verfassung wird die Staatsgewalt in erster Linie von den stimmberechtigten reichsdeutschen Landeseinwohnern, in zweiter durch den Landtag und in dritter Linie durch die Regierung ausgeübt. Der Landtag beruft nach § 5 die Landesregierung. Die Landesregierung hat den veränderten Verhältnissen nicht Rechnung zu tragen. Es könnte dies nur Aufgabe des Landtages oder des Volkes sein. Denn nach § 16 der Verfassung erfolgt eine Auflösung des Landtages durch eigenen Beschluß. Die Auflösung durch die Landesregierung kann nur dann erfolgen, wenn die Auflösung des Landtages durch Volksentscheid beschlossen ist. Die Regierung hat keine Veranlassung, von sich aus irgendwelche Schritte zu unternehmen. Die Regierung kann, insofern die Interpellation sie bewegen will, den angeblich veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, auf die §§ 39 und 40 verweisen. Danach kann der Landtag in der gesamten Mehrheit der Abgeordneten der Regierung das Mißtrauen aussprechen."

Die Rechtsparteien brachten darauf im Verein mit den Demokraten einen Antrag auf Auflösung des Landtages ein.

---

50 Jahre öffentliche Gesundheitspflege.

Die Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege feierte am 24. Oktober ihr halbhundertjähriges Bestehen in einer Festsitzung, der Not der Zeit entsprechend, ernst und schlicht in Anwesenheit des Ministers Hirtsiefer, zahlreicher Vertreter von staatlichen und kommunalen Behörden und unter großer Beteiligung aller Kreise der Wissenschaft. In der Begrüßungsansprache betonte der Erste Vorsitzende Geheimrat Lentz, wie die Gesellschaft von ihrer Gründung am 17. Januar 1872 an stets bemüht gewesen ist, dem öffentlichen Wohl, der Förderung der Volksgesundheit zu dienen. Zur Zeit ihrer Gründung stand Deutschland unter dem Eindruck der großen Kriegsepidemien. Allein die Pocken hatten 129 000 Todesopfer gefordert. So war es nur natürlich, daß sich die Gesellschaft mit dem Problem der Verbreitung, Verhütung und Bekämpfung der übertragbaren Krankheiten beschäftigte und die neuen Erkenntnisse der wissenschaftlichen Hygiene (Pettenkofer) und der Bakteriologie (Koch) zur praktischen Verwertung zu bringen suchte. Frühzeitig wurden auch Fragen aus dem Gebiet der Sozialhygiene diskutiert und durch ausführliche Berichte in der Presse weite Kreise des Volkes mit den Zielen der öffentlichen Gesundheitspflege bekannt gemacht. Als zweiter Redner sprach der Direktor des Hygienischen Instituts der Universität, Prof. Hahn, der nach dreißigjähriger Abwesenheit jetzt wieder in seine Vaterstadt Berlin zurückgekehrt ist. Aus seinen süddeutschen Erfahrungen zog er den Schluß, daß ein Vergleich Berlins mit den Städten wie München, Stuttgart, Karlsruhe sehr zugunsten der dort wieder herrschenden Sauberkeit ausfiel. Der aus hygienischen Gründen so bedauerlichen Schließung der Bäder, wie auch teilweise der Schulen, steht in Berlin eine maßlose Verschwendung von Licht und Strom in den üppigen Gast- und Vergnügungsstätten gegenüber. Hier scheint noch ein reiches Arbeitsfeld für die Gesellschaft zu liegen.

Professor Selligmann, der Schriftführer der Gesellschaft, gab einen Ueberblick über ihre Wirksamkeit in den vergangenen fünf Jahrzehnten an Hand der alten Sitzungsberichte. Lebendig zeigte er, welche Arbeit die Gesellschaft seit ihrer Gründung nicht nur für die wissenschaftliche, sondern auch für die praktische Seite der Hygiene geleistet hat. So verlangte sie bereits 1874 die Einführung einer obligatorischen ärztlichen Leichenschau in Preußen, die bis heute immer noch fehlt. 1884 wurde die Anstellung von Schulärzten gefordert zur Ueberwachung der Schulkinder und nicht der Gebäude. 1895 wurde eine Resolution eingebracht über Abhaltung öffentlicher Vorträge und 1897 eine solche über eine Reichsmedizinalreform. 1904 hatte dann Grotjahn sein wissenschaftliches Glaubensbekenntnis abgelegt: „Wozu und warum treiben wir Sozialhygiene?" Auf die Fülle der übrigen Tätigkeit der Gesellschaft können hier nur einige Schlaglichter geworfen werden: Ausbau der Stadthygiene, Kanalisation und Anlage der Rieselfelder, Wohnungshygiene, Milchversorgung, Rettungsstationen, Rekonvaleszentenheime, Säuglings- und Kinderfürsorge, Krüppelfürsorge, Fürsorge für Geschlechtskranke, Sozialisierung des Heilwesens. Neuerdings hat sich die Gesellschaft mit der Gesellschaft für Soziale Medizin und Medizinalstatistik vereinigt unter dem Namen „Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege".

An diesen Rückblick schließt sich ein Ausblick in die Zukunftsarbeit durch Ministerialdirektor Gottstein. Als besonders wichtig hob er hervor: Fortführung der Forschung und Bekämpfung der akuten und übertragbaren Krankheiten, Eingliederung der sozialen Hygiene in die naturwissenschaftlich orientierte allgemeine Gesundheitspflege, systematischer Ausbau der Vorbeugung unterstützt durch biologische Methodik, Einbeziehung des Gesundheitsbegriffes in die Praxis. Zum Schluß überbrachte Minister Hirtsiefer der Gesellschaft die Glückwünsche der preußischen Regierung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Mitglieder der Gesellschaft tatfreudig an die große Aufgabe der Zukunft, die Mitarbeit am Wiederaufbau des deutschen Volkes, herangehen werden.

„Michael Kramer" im Neuen Volks-Theater. Das Neue Volks-Theater brachte in seiner Aufführung von „Michael Kramer" zu den kommenden Festtagen Hauptmanns eine schöne Huldigung. Das Werk, Ende der neunziger Jahre erstanden, ist eine der reifsten Schöpfungen des Dichters. Ein Bau, der, auf fester sicherer Erde ruhend, in kühnem Aufstieg bis zu den Dämmerregionen letzter Rätselfragen sich erhebt. Drei Schicksale verweben und kreuzen sich im Drama, über die das Selbstgespräch des alten Malers an der Leiche des heiß geliebten Sohnes etwas wie einen versöhnenden Schimmer gießt. Da ist Lachmann, der frühere Schüler Kramers, der ohne rechte Energie, desillusioniert durch eine törichte Ehe, den verehrten Meister und dessen kluge starke Tochter Mechaline noch einmal aufsucht, die gedrückte Seele in der Atmosphäre dieser Menschen reinzubaden. Dann der Sohn, dessen krankhaft verschlossene, mißtrauische Scheu durch das Bewußtsein körperlicher Häßlichkeit gesteigert, zu boshaft verbissener Tücke wurden. Ihm hat die Natur genialen malerischen Blick und Griff verliehen, worum der Vater stets vergebens rang; doch er vergeudet seine Gaben, er stößt des Vaters Freundeshand zurück und flüchtet, verzweifelt und gehetzt, aus dem Leben. Endlich er selbst, der Vater, dem der Tod das Bild des Armen läutert, der schlichte Mann, dem im Zusammenbruche seiner Lebenshoffnung neue Schwingen wachsen. Jenseits alles Kirchenglaubens sucht er den Trost.

Das phrasenlose Wesen dieses Künstlers, sein Ernst, die Güte und zugleich die Schroffheit traten im Spiele Paul Bildts mit überzeugend zwingender Gewalt hervor. Fein waren auch die Spuren des Alters angedeutet, während dann das sonor-sympathische Organ von noch ungebrochenen Kräften zeugte. Seine Leistung stellte sich der der besten Spieler, die man in dieser Rolle früher sah, ebenbürtig zur Seite. Lachmann und Mechaline waren durch Friedrich Domin, der nur manchmal zu leise sprach, und Fränze Koloff gut vertreten. Leonhard Steckels Arnold war in der entscheidenden Szene, dem Gespräch mit dem Vater, ausgezeichnet. Sehr echt auch Paula Batzer als oberflächlich kokettes Wirtschaftstöchterchen. Die Restaurantszenen hätten noch mehr wirken können, wenn der Lärm und überhaupt der Ton der provozierenden Stammgäste mehr gedämpft gewesen wäre. Der Beifall nach dem Schlußakt war ungewöhnlich stark. dt.

Der unsterbliche Leutnant. Bevor noch die „große Zeit" über uns verhängt ward, verbrachte ich mal ein paar Sommerwochen an der Ostsee, einfach vom Gehalt, ohne irgendwelchen Zuschuß. Am Mittagstisch saß eine weißhaarige Frau neben mir, die „Frau Leutnant". Ihr Mann, Polizeileutnant von Beruf, war schon lange tot. Man schrieb 1911. Die Dame hätte reglementmäßig mindestens Frau Oberst sein müssen, wenn ihr Mann gelebt hätte. Sie blieb zeitlebens Frau Leutnant. Wie gesagt, das war 1911. — Aber gestern, am 24. Oktober 1922, verurteilte der Staatsgerichtshof der Deutschen Republik einen Herrn Dietrich. Der war einmal Marineoffizier, ist es längst nicht mehr, lebt in Naumburg als Privatmann, wo nur die Saale fließt, auf der es keine Marine gibt. Aber für den republikanischen Gerichtshof ist und bleibt Herr Dietrich Kapitänleutnant. Wenn es bei den Autoritäten der Republik so ist, die die Achselstücke und das Waffentragen außer Dienst wieder eingeführt hat, wie soll es beim Richter anders sein!

Impfung der Hunde gegen Hundswut. Die Pasteursche Impfung gegen die Hundswut ist bisher nur beim Menschen angewandt worden und hat sich hier überaus segensreich erwiesen. Bei den Tieren fand dies Mittel keine Anwendung, weil die Behandlung zu teuer und zu zeitraubend war. Nun ist hierin, wie in der „Umschau" mitgeteilt wird, ein großer Fortschritt erreicht. Es gelang den Japanern Umeno und Doi, gesunde Hunde mit einer einzigen Dosis zu immunisieren. Dieser Erfolg hat bereits in den Vereinigten Staaten, wo die Krankheit wieder zugenommen hatte, zu einer wesentlichen Einschränkung geführt. Es dürfte nun gelingen, die Hundswut auf ein Minimum herabzusetzen und vielleicht ganz auszurotten.

Spielplanänderung. Die in den Kammerspielen für heute angesetzte Premiere von „Timotheus in flagranti" wird auf Freitag verschoben. Heute und morgen „Das Glas Wasser".

Vorträge. Ueber die Verhütung der Geschlechtskrankheiten spricht Freitag, 7½ Uhr in den Leitern 9a Dr. Löwenstein. — Leo Kestenberg hält im Rahmen der Volksbühne an 7 Sonntag-Abenden Vorträge im Lichtsteinsaal über Franz Liszt's Leben und Werk. Beginn: 29. Oktober, 8 Uhr.

Wilhelm Schäfer, der bekannte rheinische Dichter, hält am 26. Okt. abends 8 Uhr in der Stadtbücherei Charlottenburg (Wilmersdorf. Str. 166/7) einen Vortrag über „Die Kunst der Erzählung" mit Beispielen aus eigenen Dichtungen (Rheinsagen, Anekdoten u. a. m.). Karten sind in der Stadtbücherei Wilmersdorfer Str. 166 (8—2 und 4—9 Uhr) und in deren Zweigstellen (3—8 Uhr) zum Preise von 5 M. erhältlich.

In die August-Gaul-Gedächtnis-Ausstellung der Akademie der Künste ist ein weiteres bedeutendes Werk des Künstlers „Die große Elefantenschale" aufgenommen worden.

Ein neuer Komet wurde auf der Hamburger Sternwarte von Dr. Baade im Sternbild des Schwans entdeckt. Sein Lauf ist südöstlich gerichtet. Seine Größe 11,5. Der Komet ist nur mit guten Instrumenten zu beobachten.

Aerztliche Hausapotheken.

Der Landtag berät heute, vor der Pause bis 21. November, zunächst in erster Lesung einen Gesetzentwurf, der das Reglement über die Befugnis der approbierten Medizinalpersonen zur Verabfolgung homöopathischer Arzneimittel vom 20. Juni 1843 aufhebt und den Minister für Volkswohlfahrt ermächtigt, neue Bestimmungen darüber und über Hausapotheken der Aerzte zu erlassen.

Abg. Dr. **Weyl** (Soz.):

Wir verlangen, daß der vorliegende Gesetzentwurf erst einmal gründlich verbessert wird. Gewiß sind auch wir für eine Aufhebung alter, überlebter Kabinettsorders. Doch wollen wir erst etwas Besseres sehen, bevor das Alte verschwindet. Wir haben zum Ministerium für Volkswohlfahrt nicht so viel Vertrauen, daß wir die Entscheidung der Zentralbehörde allein in die Hand geben können. Wir erachten es als unsere Pflicht, gegenüber den Interessen der Apothekenbesitzer die öffentlichen Interessen wahrzunehmen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Dispensierrecht nicht eingeschränkt, sondern ausgedehnt werden soll. Das Ministerium vertritt u. E. in dieser Frage weniger die öffentlichen Interessen und mehr die Interessen der Apothekenbesitzer. Die Apotheker sind natürlich die geborenen Feinde der homöopathischen Behandlung. Es ist aber zu beobachten, daß die Zahl derer, die zur Prüfung für homöopathische Aerzte zugelassen werden wollen, gestiegen ist.

Es liegt im Interesse des platten Landes und der kleinen Städte, daß die Hausapotheken der Aerzte erhalten bleiben. Das beste wäre natürlich ein Reichsapothekengesetz, das die kapitalistische Organisation des Apothekenwesens beseitigt. Das Wohlfahrtsministerium hat bis jetzt in dieser Hinsicht nicht mit dem erforderlichen Nachdruck gearbeitet. Als wir die Förderung der Hausapotheken verlangten, hat der Vertreter des Ministeriums im Sinne der Apothekenbesitzer gesprochen. Das Ministerium will eine Einschränkung des Dispensierrechtes. Im Interesse des Volkes liegt jedoch eine Ausdehnung dieses Rechtes. Der Einwand, die Herstellung der Arzneien könne im Hause der Aerzte nicht so gut vorgenommen werden, ist nicht stichhaltig. Zwei Drittel aller Arzneien werden ja bekanntlich in den Fabriken hergestellt. Die homöopathische Methode ist billiger und deshalb sind die Apotheker dagegen. Die Apotheker sind ja auch vielfach gar nicht in der Lage, die Rezepte mit der erforderlichen Feinheit und Gewissenhaftigkeit auszuführen. Wir haben in dieser Hinsicht Beispiele und Erfahrungen.

Wir sind für die Beibehaltung des guten Alten. Die Aerzte sollen nicht länger von der chemischen Industrie abhängig sein. Die chemische Großindustrie möchte gern diktieren. Wir sind deshalb für die Ueberweisung des Gesetzentwurfes an den Bevölkerungsausschuß, damit er dort erst einmal gründlich verbessert werden kann.

Der Abg. Dr. **Faßbender** (Z.) schließt sich dem Antrag auf Ausschußüberweisung an. Ein Regierungsvertreter betont, der Zweck des Entwurfs sei keineswegs eine Einschränkung des Dispensierrechtes der Aerzte oder eine Bevorzugung der Apotheken. Der Ausschuß werde die noch bestehenden Mißverständnisse beseitigen. — Die Vorlage geht an den Ausschuß für Bevölkerungspolitik.

Der gemeinsame Antrag auf Wahrnehmung der Interessen Preußens bei der Beratung des Landessteuergesetzes geht an den Hauptausschuß. — Nach Erledigung einer Reihe von Ausschußanträgen über strafgerichtliche Verfolgung von Abgeordneten, sowie über Eingaben wird die allgemeine Aussprache zu dem Antrag der Deutschen Volkspartei über den Verkauf städtischen Hausbesitzes an Ausländer fortgesetzt. Der Demokrat **Dominicus** betont, daß der Uebergang von Häusern an Ausländer in dem kleinen Berliner Bezirk Schöneberg besonders stark sei. Das Grundübel liege in der Unrentabilität des Hausbesitzes.

Das Vorgehen des Oberpräsidenten und des Ministeriums gegen den Vorsteher des Wohnungsamtes Schöneberg, den man vom Amte suspendiert habe, weil er das Interesse des heimischen Hausbesitzes gegenüber den Ausländern besonders eifrig wahrgenommen habe, sei unerhört. Wohlfahrtsminister **Hirtsiefer** weist diesen Angriff als unbegründet zurück. Der deutschnationale Abgeordnete **Hemming** beantragt die Ueberweisung der ganzen Frage an den Ausschuß für Handel und Gewerbe. Abg. **Ladendorf** (Wirtschaftspartei) polemisiert gegen den Wohlfahrtsminister und gegen unseren Genossen Hirsch. Er erklärt, nicht die Valutaspekulation, sondern die Not sei die Ursache des Verkaufes der Häuser an die Ausländer.

*

Der zur Vorberatung des Tuberkulosegesetzes eingesetzte Unterausschuß begann die Generaldebatte. Für die Sozialdemokratie übte Genosse Dr. **Weyl** scharfe Kritik an dem Entwurf, der für ein Tuberkulosegesetz nicht ausreichend sei. Die Anzeigepflicht für alle Erkrankungen an Lungen- und Kehlkopftuberkulose könne wohl wertvolles statistisches Material liefern, aber zur Eindämmung der Tuberkulose würde damit nichts geleistet. Nicht einmal die Anzeigepflicht sei vollkommen durchgeführt. Drüsen-, Knochen- und Gelenktuberkulose fallen nicht unter das Gesetz. Wir müßten fordern, daß jede tuberkulöse Erkrankung, sei sie klinisch oder bakteriologisch gesichert, der zuständigen Tuberkulosefürsorgestelle — nicht dem überlasteten Kreisarzt — gemeldet werde. Da von 515 Kreisen in Preußen 488 bereits Fürsorgestellen hätten, würde es nicht allzu schwer sein, das Netz von Fürsorgestellen zu schließen. Die Gemeinden, die Kreise, die Krankenkassen und andere Versicherungsanstalten dürften künftig nirgends mehr nebeneinander, durcheinander und gegeneinander arbeiten, vielmehr hätten sie planmäßig zusammengefaßt ihre Einrichtungen in den Dienst der Tuberkulosebekämpfung zu stellen. Auch in die Aufbringung der Kosten hätten diese Organisationen sich zu teilen, soweit dazu nicht unter Berücksichtigung des Einkommens der Haushaltungsvorstand herangezogen werden könne. Die eindrucksvollen Ausführungen unseres Vertreters verfehlten nicht ihre Wirkung auf die Regierung und die bürgerlichen Ausschußmitglieder, so daß wir hoffen dürfen, in dem engen Rahmen, den das preußische Tuberkulosegesetz uns stellt, etwas Brauchbares zustande zu bringen.

Der Führer der österreichischen Legitimisten, Kuno Hoyningen-Huene, ist in Gesellschaft einer des Schmuggels verdächtigen Person an der tschechoslowakischen Grenze aufgegriffen worden. Man hat bei ihm hochverräterisches Propagandamaterial gefunden und ihn in Preßburg (Tschechosl.) in Haft gesetzt. Er soll auf österreichischem Gebiete festgenommen worden sein.

Devisenkurse.

	25. Oktober		24. Oktober	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	1745.62	1754.38	1720.68	1729.32
1 argentinischer Papier-Peso	1603.48	1611.52	1581.03	1588.97
1 belgischer Frank	291.76	293.24	279.30	280.70
1 norwegische Krone	800.—	804.—	785.53	789.47
1 dänische Krone	892.76	897.24	883.78	888.22
1 schwedische Krone	1192.—	1198.—	1174.05	1179.95
1 finnische Mark	106.93	107.47	103.74	104.26
1 japanischer Yen	2139.63	2150.37	2119.68	2130.32
1 italienische Lire	179.55	180.45	179.55	180.45
1 Pfund Sterling	19850.25	19949.75	19600.87	19699.13
1 Dollar	4463.81	4486.19	4408.95	4431.05
1 französischer Frank	317.20	318.80	311.71	313.29
1 brasilianischer Milreis	493.76	496.24	488.77	491.23
1 Schweizer Frank	817.95	822.05	805.48	809.52
1 spanischer Peseta	681.29	684.71	670.81	674.19
100 österr. Kronen (abgest.)	6.03	6.07	5.88	5.92
1 tschechische Krone	144.13	144.87	142.64	143.36
1 ungarische Krone	1.76	1.78	1.71	1.73
1 bulgarischer Lewa	28.92	29.08	30.80	30.95

Schulschließungen?

Im Sparprogramm des Berliner Magistrats wird, wie bereits mitgeteilt, auch die Absicht ausgesprochen, den Weihnachtsferien sogenannte Kohlenferien anzuschließen. Wenn auch nicht ersichtlich ist, ob diese Ferien noch dem ursprünglichen Plan bis auf eine Dauer von sechs Wochen ausgedehnt werden sollen, so begegnet der Plan doch bereits heute den allerschärfsten Protesten von seiten der Elternschaft. In einer an uns gerichteten Zuschrift heißt es u. a.:

„Unsere Schulverhältnisse sind gewiß nicht so glänzend, daß man ohne Gefahr für die heranwachsende Generation die Kinder in der zum Lernen günstigsten Zeit von der Schule fernhalten kann. Abgesehen davon, daß eine Ersparnis von 60 Millionen im Milliardenetat der Stadt kaum eine wesentliche Rolle spielen kann, ist es doch sehr fraglich, ob diese Ersparnis überhaupt erzielt wird, da für die in den meisten Schulen wohnenden Amtspersonen (Rektor, Schuldiener, Heizer usw.) sowieso geheizt werden muß. Soll und muß wirklich gespart werden, dann wäre es auf jeden Fall richtiger, zu der während des Krieges geübten Zusammenlegung von Schulen im Vor- und Nachmittagsunterricht zurückzugreifen. Die Einführung von kohlenlosen Tagen — in jeder Winterwoche etwa einen — würde ebenfalls die gewünschte Kohlenersparnis herbeiführen, ohne doch einschneidend in den Schulbetrieb einzugreifen. An diesen Tagen könnte geturnt, gespielt, naturkundlicher Unterricht im Freien abgehalten und die Museen und sonstige Bildungsinstitutionen besucht werden. Der Magistrat möge es sich gesagt sein lassen, daß die von ihm geplanten Maßnahmen bei der großen Masse der Berliner Bevölkerung Erbitterung auslösen werden. Zahlreiche Organisationen, Vereine, Volks- und sonstige Hochschulen halten ihre Veranstaltungen in den Schulaulen ab. Sie alle werden durch die drakonische Maßnahme aufs schwerste getroffen. Sollte es wirklich nicht möglich sein, die 60 Millionen Mark, die doch nur einen Bruchteil der trotzdem weiterlaufenden Schulkosten (Gehälter usw.) ausmachen, auf diese oder jene Weise aufzutreiben?"

Es wäre dem Magistrat sehr zu empfehlen, auf die in der Zuschrift geäußerte Stimmung der Berliner Elternschaft Rücksicht zu nehmen. Sollte man aber aus Gründen, die der Magistrat präzisieren muß — an den Kohlenferien festhalten, so kann billig verlangt werden, daß sich die Lehrerschaft für tägliche Führungen der Schuljugend durch Museen und Sammlungen aller Art geschlossen zur Verfügung stellt.

Großfeuer in der „Knorrbremse".

Schlosserei I des Werkes Oberspree schwer mitgenommen.

Großfeuer kam in der Nacht zum Mittwoch aus bisher noch nicht ermittelter Ursache in dem neuen Werk Oberspree der „Knorrbremse" A.-G. in Niederschöneweide, Sedanstr. 53a, am Bahnhof Oberspree zum Ausbruch und verursachte den Feuerwehren an der Oberspree sehr viel Arbeit, dem Werk „Oberspree" der Knorrbremse, das erst kürzlich errichtet wurde, erheblichen Schaden. Die Gefahr wurde kurz nach Mitternacht bemerkt, als die Flammen schon die neue Schlosserei 1 in großer Ausdehnung erfaßt hatten. Sofort wurde die Feuerwache Niederschöneweide alarmiert. Als Brandinspektor Meyer an der Brandstelle erschien, war die Lage schon so bedrohlich, daß er sofort „Mittelfeuer" an die benachbarten Wehren melden ließ. Die Wehren von Johannisthal und Adlershof waren schnell zur Stelle. Vereint wurde mit acht Schlauchleitungen, darunter zwei stärksten Kalibers, kräftig unausgesetzt bei Frost Wasser gegeben. Dadurch gelang es, die übrigen Betriebe der Knorrbremse zu schützen. Der Betrieb kann infolge der erfolgreichen Tätigkeit der freiwilligen Wehren fortgesetzt werden, obwohl die Dreherei und Schlosserei mit neuem Dache in einer Ausdehnung von 200 Quadratmetern Fläche ausgebrannt ist. Gegen 2 Uhr nachts konnten die Wehren nach Zurücklassung von Brandwachen wieder abrücken. — Der Schaden soll durch Versicherung gedeckt sein.

Ausreichende Kartoffelzufuhren.

Die Kartoffelpreisnotierung vom 24. Oktober ergab unveränderte Festsetzung wie in der Vorwoche, nämlich weiße und rote Kartoffeln 460—480 M., gelbfleischige Ware 520 M. Die unveränderte Beibehaltung der Preise der Vorwoche wird motiviert damit, daß Berlin augenblicklich vollkommen mit Kartoffeln versorgt ist und eine eventuelle Erhöhung der Notierungen nur preistreibend wirken könnte.

Briefmarkenraub in der Friedrichstadt.

Am Dienstagabend wurde in der Friedrichstadt der Händler Karl Sommer aus der Kesselstr. 38 überfallen und beraubt. Sommer hatte die Briefmarkengroßhandlung von Siegmund Hartig in der Friedrichstr. 258 besucht, deren Räume im ersten Stock des Seitenflügels am zweiten Hofe liegen. Von ihr erhielt er einen größeren Posten Marken zur Besorgung mit. Um 6½ Uhr verließ er mit einer Aktenmappe, die die Marken enthielt, die Geschäftsräume. Bald darauf fand man ihn bewußtlos auf dem Flur liegen. Er blutete aus einer schweren Verletzung an der rechten Kopfseite. Als er wieder zu sich kam, ergab sich, daß er am Fuß der Treppe plötzlich hinterrücks von einem Manne, den er nicht gesehen hat, einen wuchtigen Schlag mit einem harten Gegenstand über den Kopf erhalten hatte, so daß er sofort zusammengebrochen war. Der Räuber hatte dem besinnungslos Daliegenden die Aktentasche entrissen und war damit entkommen, ohne daß auf dem Grundstück von dem Ueberfall irgendetwas gemerkt worden war. Die geraubte Tasche enthielt ein einseitiges Schaubeckalbum mit Schraubenheftung, Band 3, Asien und Afrika, mit über 6000 verschiedenen Marken, 10 Hefte mit 4000 verschiedenen Marken und 30 lose Blätter mit meist polnischen Postwertzeichen, alles zusammen für über 100 000 M. Für die Wiederherbeischaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 20 000 Mark ausgesetzt worden.

Volksspeisung für Unbemittelte und Minderbemittelte.

Der Magistrat beschloß in seiner letzten Sitzung: Die unentgeltliche Abgabe des Essens der Volksspeisung an Unbemittelte hat zu erfolgen, wenn das Einkommen einer einzelnen Person 2000 M. monatlich nicht übersteigt. Diesem Satz sind bei verheirateten Personen mit Kindern für die Ehefrau und für jedes Kind unter 15 Jahren je 500 M. hinzuzurechnen. Die Abgabe der Volksspeisung an Minderbemittelte zum ermäßigten Preise erfolgt dann, wenn das Einkommen einer einzelnen Person 4000 M. monatlich nicht übersteigt. Diesem Satze sind für die Ehefrau und für jedes Kind unter 15 Jahren je 500 M. hinzuzurechnen. Die Ausgabe der Ausweiskarten soll den für die verschiedenen Personenkreise zuständigen Stellen übertragen werden. Die Ausgabe der Ausweiskarten soll für Sozialrentner der Sozialrentnerfürsorge, für Kleinrentner der Kleinrentnerfürsorge und für die übrigen den Wohlfahrtskommissionen übertragen werden.

Das Kino als Bildungsmittel.

Im Verwaltungsbezirk Friedrichshain fand in der Schulaula Naglerstr. 3 die Eröffnungsvorstellung der Schulkinogemeinde „Stralauer Tor" statt. Schulkinogemeinden wollen das stehende und das belebte Lichtbild dem Unterricht nutzbar machen und in Abendvorstellungen den Schulentlassenen und Erwachsenen Belehrung und Unterhaltung bieten. Sie wollen auch dazu beitragen, zwischen Schule und Elternhaus eine Brücke zu schlagen zum Segen der Jugend. Der Schulkinogemeinde „Stralauer Tor" sind angeschlossen die Gemeindeschulen 35, 220, 227, 255, 281. Sie ist die erste, die im Bezirk Friedrichshain vor die breitere Oeffentlichkeit tritt. Bei der Eröffnungsfeier wurde in erläuternden Vorträgen die Idee der Schulkinogemeinden dargelegt. Dann wurden die Filme „Holzflößerei auf der Isar", „Herstellung von Porzellan" und „Hase und Swinegel" vorgeführt, die sehr freundliche Aufnahme fanden. Gesänge von Kinderchören der Schulen 220 und 255 umrahmten die Feier. Das Eintrittsgeld beträgt zurzeit für Kinder 2 M., für Erwachsene 6 M.

Sie warteten auf ihre Bräute.

Verwegener Ueberfall auf einen Gastwirt.

Von Einbrechern angeschossen und schwer verletzt wurde in der vergangenen Nacht der Gastwirt Michael Oettinger auf dem Grundstück Kiefholzstr. 33/34 in Berlin-Treptow. Der Ueberfall zeugt wieder einmal von der immer größer werdenden Kühnheit und Frechheit der Einbrecherwelt.

Bei Oettinger war kürzlich ein großer Einbruch verübt worden. Die Verbrecher hatten ihm, während er in seiner Wohnung über dem Hausflur schlief, die auf der anderen Seite des Flures im Erdgeschoß gelegenen Geschäftsräume fast ganz ausgeplündert. Seitdem war der Mann besonders vorsichtig. In der vergangenen Nacht um 1 Uhr hörte er, wie die Haustür aufgeschlossen wurde, und paßte auf, wohin die Eintretenden sich begeben würden. Als sie auf dem Hofe stehen blieben, war er überzeugt, daß sie es wieder auf sein Geschäft abgesehen hatten, weil auch der erste Einbruch vom Hofe aus verübt worden war. Er nahm seinen Trommelrevolver, in dem sich noch eine Patrone befand, ging auf den Hof und rief den beiden Männern zu: „Steht oder ich schieße." Die beiden erwiderten ihm, er solle keinen Unsinn machen, sie wollten nur auf ihre Bräute. Dann fügte der eine, während Oettinger mit dem Revolver in der Hand ihnen gegenüberstand, hinzu: „Sie werden doch wohl noch erlauben, daß ich mir die Nase putze!" und machte eine Bewegung, als ob er sein Taschentuch aus der Tasche ziehen wolle. In Wirklichkeit aber zog er eine Pistole, schoß auf den Wirt und traf ihn schwer in den rechten Arm, so daß ihm die Waffe entfiel. Trotz der Verletzung folgte Oettinger den beiden Einbrechern, die jetzt den Hof verließen, auf die Straße. Hier erhielt er noch einen Schuß, so daß er besinnungslos zusammenbrach. Als man den Wirt auffand und in seine Wohnung hinaufbrachte, kam er soweit wieder zu sich, daß er kurz über den Vorgang zu berichten imstande war.

Fünfzig Spiellokale im Norden ausgehoben! Wie in allen anderen Stadtteilen hat auch im Norden Berlins das öffentliche Glücksspiel ganz erheblichen Umfang angenommen. Auf Grund zahlreicher Beschwerden ist das Polizeiamt Wedding hiergegen mit allem Nachdruck eingeschritten und hat in den letzten Tagen bereits das fünfzigste derartige Spiellokal ausgehoben. Insgesamt sind bei diesem Vorgehen in den letzten Monaten über 400 Personen polizeilich festgestellt sowie Spielgeräte und das Spielgeld beschlagnahmt worden. Gegen die beteiligten Gastwirte sind strenge Maßnahmen eingeleitet, in mehreren Fällen ist sogar die sofortige Schließung des Lokals erfolgt. Infolgedessen hat das öffentliche Glücksspiel in den Stadtteilen Wedding und Gesundbrunnen in letzter Zeit ganz erheblich abgenommen.

Verkehrsverbesserungen auf Bahnhof Jannowitzbrücke. In letzter Zeit ist wiederholt über die schwierigen Verkehrsverhältnisse auf dem Bahnhof Jannowitzbrücke, die infolge der Abwanderung der Reisenden von der Straßen- und Untergrundbahn entstanden sind, öffentlich Beschwerde geführt worden. Die Vorbereitungen zur Herstellung eines neuen Treppenlaufes in der Mitte des Bahnsteiges sind bereits seit einiger Zeit im Gange, so daß mit der Ausführung in kürzester Zeit wird begonnen werden können.

Die Spitzenmesse, die von der Arbeitsstelle zur Förderung deutscher Spitzenkunst vom 26. Oktober bis 2. November in den Festräumen des Zoologischen Gartens veranstaltet wird, dürfte einen interessanten Ueberblick über den Hochstand der deutschen Handspitzen- und Maschinenspitzenkunst bieten. Es beteiligen sich an ihr fast sämtliche deutsche Spitzenschulen und eine große Zahl gemeinnütziger Vereine, die aus sozialen Gesichtspunkten die Herstellung von Spitzen und Spitzengegenständen aufgenommen haben. Ihnen und den ausstellenden Kunstgewerblerinnen ist ein Verkauf gestattet, ebenso wie, als leider zeitgemäße Form, der Mittelstandshilfe ein solcher von Spitzen aus Privatbesitz in Aussicht genommen ist. Der große Kaisersaal ist durch die Plauensche Spitzenindustrie belegt. In einer Arbeitsstube wird die Herstellung und das Ausbessern von Spitzen gezeigt. Die berühmte Lipperhaidische Sammlung des Staatlichen Kunstgewerbemuseums „Spitzentrachten der Vergangenheit" wird in seltenen und interessanten Stichen und Gravüren zur Besichtigung stehen.

Die Alkoholfrage in sozialistischer Beleuchtung ist das Thema des Kursus, den die Berliner Ortsgruppe des Arbeiter-Abstinenten-Bundes an den nächsten Sonnabenden in der Schule Steinstr. 81/84 (nahe Alexanderplatz und Hackescher Markt) veranstaltet. Es werden sprechen die Genossen Dr. Drucker über „Alkohol und Gesundheitspflege", Dr. Wegscheider-Ziegler über „Beziehungen zwischen dem Geschlechtsleben des Menschen und den Trinksitten", Studienrat Mommer über den „Einfluß des Alkoholismus auf die Volkswirtschaft" und Parteisekretärin Braunthal über den „Alkohol im Klassenkampf der Arbeiterschaft". Angesichts der immer größer werdenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Not kommt kein denkender Sozialdemokrat um eine Stellungnahme zur Alkoholfrage herum und besonders die Jugend hat die Pflicht, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Die Teilnahme ist unentgeltlich.

Drei Opfer eines Selbstmörders.

Auf eine fürchterliche Art hat sich in Quettingen im Rheinland ein von Schwermut befallener Mann ums Leben gebracht und dabei noch drei Personen mit in den Tod gerissen. Der Mann hatte auf einem Weideplatz in der Nähe seiner Wohnung eine Granate angezündet und setzte sich darauf. Ein Freund, seine Braut und seine Mutter stürzten hinzu und wollten die glimmende Zündschnur entfernen. Sie kamen jedoch zu spät. Mit einem fürchterlichen Krach explodierte die Granate und zerriß alle vier Personen.

Todessturz aus dem Fallschirm. Der englische Professor Newell sprang, wie aus Kopenhagen gemeldet wird, bei Eroskøbing (?) mit dem Fallschirm aus einem Flugzeug. Hierbei blieb der Fallschirm an dem Flugzeug hängen. Newell wollte sich durch Abspringen ins Wasser retten, wurde aber auf der Stelle getötet.

Eisenbahnunglück in Ungarn. Zwei Eisenbahnzüge stießen gestern in der Nähe der Station Keszthely auf offener Strecke zusammen. Der Lokomotivführer des einen Zuges wurde getötet. Acht Passagiere wurden schwer und mehrere leicht verletzt. Die Schuld an dem Unglück trifft einen Telegraphisten, der Selbstmord beging.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise neblig, oft größtenteils trocken und vielfach heiter, nur vorübergehend stärker bewölkt bei mäßigen nordwestlichen Winden, nachts Frost, auch am Tage ziemlich kühl.

Groß-Berliner Parteinachrichten

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

70. Abt., Wilmersdorf. Donnerstag, 26. Oktober, abends 7½ Uhr, bei Piepe, Holsteinische Str. 60, Versammlung aller Funktionäre der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller ist Pflicht.

121. Abt., Niederschönhausen. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, am Mittwochabend 7½ Uhr die Zahlabende in den bekannten Bezirkslokalen zu besuchen. U. a. findet die Wahl der Bezirksleiter statt.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen die Moskauer Diktatur.

Das „Vollzugsbureau der Roten Gewerkschaftsinternale“ und das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale“ in Moskau haben neuerdings unterm 12. Oktober geruht, sich an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands zu wenden, um ihnen zu bedeuten, welche Taktik man in Moskau für sie gut befunden hat. Die „Rote Fahne“ hat gestern morgen diesen neuesten Erlaß veröffentlicht und ihn mit der Ueberschrift versehen: „Die Spaltungsarbeit der Amsterdamer in Deutschland. Setzen wir statt „Amsterdamer“ Moskauer, dann ist richtig angegeben, um was es sich dreht.

Weil die deutschen Gewerkschaften sich dagegen wenden, daß ihre in jahrzehntelanger mühevoller, mit persönlichen Opfern und Gefahren verbundener Arbeit aufgebauten Organisationen zum Spielball russisch-politischer Experimente werden sollen, die in Rußland selber kläglich gescheitert sind, weil sie ihre Taktik, die sie in unzähligen Kämpfen und teuer erkauften Erfahrungen gewonnen haben, selber bestimmen wollen, anstatt sie sich durch politische Desperados in Rußland und etliche überspannte Nachläufer in Deutschland diktieren zu lassen, deshalb haben sie sich die Feindschaft der Moskowiter zugezogen. Die deutschen Gewerkschaften wissen diese Gegnerschaft mit Würde zu ertragen, sind jedoch im Interesse ihrer Selbsterhaltung gezwungen, sich aller Angriffe auf ihre Geschlossenheit zu erwehren und jeder Minierarbeit zu begegnen. Spaltpilze müssen unschädlich gemacht werden. Mitglieder, die sich nicht in den Rahmen der gewerkschaftlichen Grundsätze und Bestimmungen einfügen können oder wollten, haben die Konsequenzen zu tragen. Ausgeschlossene Mitglieder, die sich nicht in unehrenhafter Weise gegen die Satzungen vergangen haben, können unter bestimmten Bedingungen wiederaufgenommen werden, nicht aber unter der Bedingung, daß sie ihr Treiben, das zu ihrem Ausschluß führte, erneut aufnehmen und noch ungenierter fortsetzen als vordem. Nicht die Moskauer verfügen und bestimmen, was in den deutschen Gewerkschaften zu geschehen hat, sondern die Mehrheit der Mitglieder und ihrer Vertretungen.

Die Moskauer suchen die Dinge jetzt auf die Spitze zu treiben. Sie reorganisieren die „Union“ und gründen gewerkschaftsgegnerische Organisationen der Ausgeschlossenen unter dem Vorgeben, die nur von ihnen gestörte Einheit der Gewerkschaften wiederherzustellen, die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen nach ihren Bedingungen zu erzwingen. Es lohnt sich nicht, auf die doppelzüngige Argumentation einzugehen, die den bekannten 21 Punkten angepaßt ist. Eines aber muß den deutschen Gewerkschaftsmitgliedern, die geneigt sind, sich durch die unsinnigen Schimpfereien auf die „Gewerkschaftsbonzen“, das Zugstück der kommunistischen Agitation, für die Moskauer Pläne einfangen zu lassen, gesagt werden.

Selten war die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft so sehr bedroht wie gegenwärtig. Der moderne Arbeiter kann sich nicht mehr auf die Kulistufe zurückdrängen lassen wie vor Jahrzehnten. Nur fester Zusammenhalt in starker geschlossener Organisation kann uns retten. Ob die Moskauer Pläne besser sind als all das, was wir in unseren Kämpfen erfahren haben, wird die Zeit lehren. Uns heute darüber zu unterhalten, wäre müßig. Wir haben keine Muße dazu. Vielmehr haben wir alle Veranlassung, alle trennenden Momente zurückzustellen, um uns gegen die Anschläge auf den Achtstundentag und unsere nackte Lebensexistenz zu wappnen. Verzweiflungsaktionen sind selbstmörderisch. Aber auch jede vernünftige Taktik ist unmöglich, wenn die Gewerkschaften ihre Mitglieder nicht hinter sich haben, sich nicht fest auf sie verlassen können. Entfaltetes Draufgängertum ist weit leichter als besonnenes Vorgehen. Aber dieses Draufgängertum ist nicht nur kindisch, es ist verbrecherisch angesichts der Dinge, die auf dem Spiele stehen. Weder die Moskowiter noch das Unternehmertum dürfen unsere Taktik bestimmen. Wir müssen sie unter der jeweiligen Situation selber bestimmen. Nachdem der Parteistreit glücklich überwunden, müssen wir uns mit vereinter Kraft der kommunistischen Quertreibereien erwehren und den in der Gewerkschaftsbewegung noch unerfahrenen Arbeitsbrüdern klarmachen, daß Gleichgültigkeit wie Hyperradikalismus gleich schädlich sind. Mehr denn je gilt es, alle Kräfte zusammenzufassen und auf die gewerkschaftlichen Aufgaben zu konzentrieren. Wir müssen Herr unserer Nerven und unserer Entschlüsse sein. Die deutschen Gewerkschaften gehen schweren Kämpfen entgegen, in denen kein Wortradikalismus und kein Geschimpfe hilft, wo es vielmehr auf ihre Geschlossenheit und Ausdauer ankommt.

Die Moskauer Strategie können wir in den deutschen Gewerkschaften nicht gebrauchen, und die Moskauer Diktatur lehnen wir dankend ab.

Neue Teuerungsverhandlungen.

Eine Kommission der Spitzenorganisation der Beamten hat sich heute vormittag ins Reichsfinanzministerium begeben, um die alsbaldige Aufnahme neuer Teuerungsverhandlungen zu beantragen. Heute nachmittag beginnen im Reichsfinanzministerium Verhandlungen über die Angleichung der Löhne der Staatsarbeiter an die neuen Gehaltssätze der Beamten. Die Vertreter der Arbeiter werden darüber hinaus eine weitere Erhöhung beantragen, die der inzwischen fortgeschrittenen Entwertung der Mark Rechnung trägt. Die Verhandlung über diese Forderung wird wahrscheinlich gleichzeitig mit der über die neuen Beamtenforderungen beginnen.

•

Die am Montag ergebnislos verlaufenen Lohnverhandlungen mit den Bergarbeitern sind heute vormittag im Reichsarbeitsministerium wieder aufgenommen worden.

Oktoberlöhne für die Mineralwasser-Arbeiter.

In einer Versammlung der Arbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher aus den Berliner Mineralwasserfabriken am 23. Oktober berichtete P. Liebenow als Vertreter des Deutschen Transportarbeiterverbandes über die Lohnverhandlung mit dem Verband Berliner Mineralwasserfabrikanten. Gefordert war für die erste Hälfte des Oktobers ein Zuschlag von 60 Proz. und für die zweite Hälfte ein solcher von 75 Proz. zu den Septemberlöhnen.

Es kam zu einem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der einen Lohnzuschlag für den ganzen Monat Oktober von 40 Proz. auf die Septemberlöhne und von 50 Proz. für die Provisionssätze vorsieht.

In der Diskussion wurde erklärt, daß Lohnzulagen von 1248 bis 1270 M. pro Woche zu niedrig seien, um so mehr, als in den verschiedensten Betrieben bereits verkürzt gearbeitet wird, wodurch die Betroffenen in arge wirtschaftliche Bedrängnis geraten sind. Mehrere Redner traten für den Streik ein. In der darauf folgenden Geheimabstimmung wurde der Streik abgelehnt, der Schiedsspruch angenommen.

Werkzeugmacher.

Ueber die neue Schlichtungsordnung und das Arbeitszeitgesetz sprach am Montag abend in einer Branchenversammlung der Werkzeugmacher, Werkzeugschleifer und -härter Janke vom Metallarbeiterverband. Redner wies darauf hin, daß die noch bestehenden Demobilmachungsverordnungen bald durch gesetzliche Bestimmungen abgelöst werden dürften. Mit den Entwürfen für ein Arbeitszeitgesetz und eine Schlichtungsordnung habe man sich im Reichswirtschaftsrat bereits mehrfach beschäftigt. In gewerkschaftlichen Kreisen sei man über den Inhalt der Vorlagen noch nicht genügend unterrichtet. In seinen weiteren Ausführungen ging der Vortragende dann näher auf die Entwürfe ein und hob in seiner Kritik ihrer Bestimmungen bei dem Entwurf für das Arbeitszeitgesetz besonders hervor, daß darin von einer Mitwirkung der Betriebsräte bei der Durchführung nichts enthalten sei. Von Wichtigkeit sei auch, daß im Entwurf gesagt werde, die regelmäßige tägliche Arbeitszeit dürfe 8 Stunden nicht überschreiten, andererseits aber werde gestattet, durch tarifliche Verträge Abweichungen festzusetzen.

Die Vorlage für die neue Schlichtungsordnung enthalte Bestimmungen, nach denen der Streik gewissermaßen reglementiert werden solle, was direkt gegen die Reichsverfassung verstoßen würde. Der letzte Gewerkschaftskongreß habe gegen diese Form der Schlichtungsordnung bereits Stellung genommen. Es sei dringend notwendig, die Gewerkschaften näher mit den geplanten Gesetzen bekannt zu machen, damit verhindert werde, daß sie in einer die Arbeiterbewegung schädigenden Form zur Annahme gelangen.

Nach der Aussprache folgte die Erörterung von Branchenangelegenheiten. Hierbei konnte vom Vorsitzenden die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß die in den Spezialbetrieben beschäftigten Kollegen den Willen bekundet haben, einheitlich mit den im DMV. beschäftigten vorzugehen. Es sei hiernach erforderlich, den Obmann für die Spezialbetriebe, Kollegen Wunsch, in die Agitationskommission zu wählen.

Zum Streik bei Krupp in Essen berichtet die TU., daß die Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit an die 4000 Streikenden, d. h. die Aufforderung zum Streikabbruch, Erfolg gehabt habe. Die Wiederaufnahme des Betriebes hänge jedoch davon ab, ob sich „Arbeitswillige“ in genügender Zahl aus allen Arbeitsgruppen finden, „die für den ordnungsgemäßen Fabrikationsgang nicht zu entbehren sind“.

Deutscher Holzarbeiterverband, Musikinstrumentenarbeiter! Donnerstag 5 Uhr, Versammlung der Funktionäre der gesamten Branche im Reichenberger-Hof, Reichenberger Straße 147. Unsere Lohnforderung. Die Branchenleitung.

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller. Reiseartikel- und Portefeuillesbranche: Morgen Donnerstag 5 Uhr, bei Wille, Sebastianstr. 39, Vertrauensmännersitzung.

Wirtschaft

Von den Metallmärkten.

Nach wie vor ist die Entwicklung der Devisenkurse das Hauptbestimmungsmoment für die Preisentwicklung an den Metallmärkten. Solange vor dem Erlaß der Devisennotverordnung die Kurskurve für ausländische Devisen in die Höhe ging, so lange war auch an den Metallmärkten eine Aufwärtsbewegung der Preise zu verzeichnen. In dem Augenblick, als die Devisennotverordnung eine vorübergehende Senkung der Devisenkurse mit sich brachte, war auch die Preissteigerung an den Metallmärkten zu Ende, die Linie neigte sich nach unten. Sie stieg sofort, als nach einigen Tagen die Katastrophenhausse in Devisen einsetzte, die bekanntlich eine bisher nicht dagewesene Kurssteigerung für ausländische Devisen brachte. Sachliche Momente scheiden augenblicklich bei der Preisbemessung an allen Warenmärkten so gut wie ganz aus, höchstens daß sie das Ausmaß der Steigerung nach oben oder nach unten beeinflussen. Am Metallmarkt herrscht eine gewisse Unsicherheit. Material ist nicht bloß in Deutschland, sondern am gesamten Weltmarkte verhältnismäßig knapp. Auf der anderen Seite legen sich auch die Metallverbraucher und diejenigen, die dem Metallverbrauch die Materialien zuführen, eine gewisse Zurückhaltung auf; sie sind dazu gezwungen durch das Fehlen von flüssigen Mitteln. Man rechnet allgemein mit einem Nachlassen der Konjunktur in der deutschen Wirtschaft und infolgedessen auch mit einem Nachlassen des Metallverbrauchs. Andererseits glaubt man aber an Preissteigerungen, und da, wie gesagt, Metalle knapp sind, kauft der, der über genügende Mittel verfügt, trotz der Befürchtung rückläufiger Konjunktur, weil er sich sagt, daß das wenige, was vorhanden ist, Absatz finden wird, auch wenn der Verbrauch für Industriezwecke nachlassen sollte. Diese verschiedenartigen Erwägungen bestimmten den Umfang des Geschäftes, es war bei dieser Sachlage sehr gering, immerhin überwog die Nachfrage das Angebot. Wie knapp das Rohmaterial selbst in Altmetallen ist, beweist, daß drei Raffiniermaterial verarbeitende westdeutsche Walzwerke (Vereinigte Nickelwerke C. Heckmann u. Selve) sich zusammenschlossen und daß auch bei den Ulmer und Wielandwerken Angliederungen stattgefunden haben.

Im Hauptkupferproduktionsland Amerika beträgt die Produktion zurzeit monatlich 50 000 Tonnen, der Verbrauch ist bedeutend höher. Eine Steigerung wird erst dann möglich sein, wenn die Kupferproduzenten den Arbeitern befriedigende Löhne zahlen werden, denn das Zurückbleiben der Kupferproduktion hinter dem Bedarf ist auf Arbeitermangel zurückzuführen; die Arbeiter sind in andere Industriezweige abgewandert, wo sie besser bezahlt werden.

Die Bleiproduktion Amerikas beträgt zurzeit 45 000 Tonnen. Angesichts des Umstandes, daß in England die Bautätigkeit etwas reger geworden ist und damit auch der Bedarf an Bleifabrikaten steigt, ist sie sehr gering. In den anderen Materialien sind die Verhältnisse ähnlich. Die Preisentwicklung wird durch die nachfolgende Tabelle verdeutlicht:

100 kg	30.12.19	30.1.21	30.6.22	7.9.22	23.10.23
Elektrolyt-Kupfer	2208	5 883	11 334	43 036	128 694
Original-Hüttenweichblei. . . .	880	2 000	4 050	16 000	45 000—46 000
Original-Rohzink (freier Verkehr)	865	2 100	4 550	21 000	70 000—80 000
Hüttenzinn, mindestens 99%. .	6275	13 350	24 850	105 000	810 000—818 000

Die Steigerungen betragen gegenüber September vorerst das Dreifache. Allerdings ist bei der schwankenden Valuta die weitere Entwicklung nicht abzusehen.

Die deutsche Ausfuhr nach Rußland. Das Organ des Außenhandelskommissariats „Wneschnaja Torgowlja“ veröffentlicht folgende Daten über die deutsche Einfuhr nach Rußland in 1000 Pud: Januar 625, Februar 450, März 537, April 912, Mai 2114 (darunter 853 000 Pud Sensen). Die Zeitschrift betont, daß diese Zahlen die Behauptung, der deutsch-russische Handel entwickle sich nicht, Lügen strafe. Mit Eifer und Zähigkeit setze sich der deutsche Kaufmann in Rußland durch.

Ein russischer Protest gegen Amerikas Schutzzoll. Radek wendet sich in der „Prawda“ scharf gegen die neue amerikanische Zollpolitik. Das amerikanische Großkapital beantworte Europas Hilferuf mit neuen Hindernissen für die Ausfuhr, was mit einer Erschwerung der deutschen Reparationsleistung gleichbedeutend sei. Die Bedeutung Rußlands als Rohstoffquelle Europas werde dadurch erhöht.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin.
Unser Kollege, der Hobler
Hermann Ittershagen
Reinickendorf-Ost, Lutienweg 22
ist am 20. Oktober gestorben.
Die Einäscherung findet Donnerstag, den 25. Oktober, abends 6 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt.
Ehre seinem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
128/13 Die Ortsverwaltung.

Strickjacken
aller Art für Damen, Herren, Kinder,
Sportgarnituren, Schals u. Mützen
Nur Einzelverkauf bester Qualitätsware
Billigste Bezugsquelle!
Bruno Richter Berlin-Pankow Mendelstraße 36 I
Fabrik-Niederlage Thüringer Wollwaren
Straßenbahn: 46, 47, 49, 51, 57, 151, 116.
Fernruf: Amt Pankow 3723.

Platin-, Gold- und Silberbruch
Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe
sowie sämtl. Altmetalle kauft zu Engrospreisen
M. ZEISKE
Berlin O., Schreinerstr. 32
(Laden)
1 Minute vom Bhf. Frankf. Allee
Fahrgeldvergütung
Größtes Absatzgebiet für Händler

Moderne Damentaschen
Besuchstaschen
Auch Einzelverkauf
Lederwarenfabrik P. Metzel
Prinzenstr. 89, an der Ritterstraße

Zu alten Preisen
Anzüge
Jünglingsgrößen, in guter Verarbeitung
3500.- bis 9500.-
Anzüge
für jede Figur passend in Arbeit
5500.- bis 28500.-
Schlüpfer
für Jünglinge, warme mollige Stoffe
3500.- bis 9500.-
Raglans
neue Formen schwere Qualitäten
4950.- bis 32500.-
Hosen
größte Auswahl gute Stoffe
945.- bis 6850.-
Joppen
schwere Stoffe, warm gefüttert
3500.- bis 6850.-
Pelze
in jeder modernen Pelzart
945.- bis 38500.-
Damen-Mäntel
elegante Fassons und gute Stoffe
1850.- bis 18600.-
Leihhaus
Charlottenburg
Wilmersdorferstr. 127
1. Etage, Ecke Schillerstraße

Kräuter-Franzbranntwein
besonders kräftigend und erfrischend
Kopp & Joseph
Berlin W 50
Potsdamerstr. 122

Haben Sie Stoff?
Ich fertige an nach Maß:
Anzüge, Paletots für M. 8900.–
Schlüpfer . . . . für M. 6900.–
Beste Zutaten! Moderner Schnitt!
Hervorragend guter Sitz!
Atelier für feine Herrenkonfektion nach Maß.
M. Blaustein
Alexanderstraße 31
Seitenflügel III.
Fernspr. Königstadt 7798.

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?
Max Motel, Schneidermstr.
Neukölln, Ringbahnstr. 83, Tel. 909.
Lieferung für höchste Staatsbeamten
Viele Anerkennungen u. Dankschreiben

Korb- u. Rohrmöbel
eig. Fabrik, stets hervorrag. Neuh. Gr. Auswahl. Billige Preise
Edmund Voß, Bln.-Neukölln
Berliner Str. 14, Nähe Hermannplatz — Tel. Neukölln 2264. Repar. sämtlich. Korbwaren

Mantelstoffe
marine Cheviot, schwere Anzugware, sehr preisw.! Trikotag. für Damen, Herren u. Kinder. Neuheiten in Damen-Putz!
Ella Dehmel, Neukölln,
Niemetzstr. 9, Nähe Richardplatz.
Telephon: Amt Neukölln 469

Perser-Teppiche
Klaviere, Flügel
kaufen
höchste Tagespreise, zahlt
Teppich-Haus, Potsdamerstr. 8, Kurf. 9104

Pfandscheine,
Gold-, Silber-,
Platin-Bruch
kauft höchstzahlend
Holzmarktstr. 5,
Passage

Stoff-Reste-Haus
A. M. Steinhardt
18 Kottbuser Damm 18
Schöne Reste
für
Herren-Anzüge
Mäntel
Kostüme
Kleider
in Stoff, Samt und Seide, sowie Futterstoffe. Ständig sehr große Auswahl.
Streng reell.
Ia Qualitäten.

Restehandlg.
Haarpuder
Goltzstr. 2
Herren- u. Damenstoffe,
Seiden, Samt,
sämtliche Futterartikel
bedeutend unter Preis

Gewinn-Auszug
der
20. Preuß.-Südd. (246. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse 13. Ziehungstag 24. Oktober 1923

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Abteilung 1 wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:

2 zu 20 000 M 2070
2 zu 50 0 0 M 190562
8 zu 1 0 0 0 M 34783 89533 233640 297554
14 zu 5000 M 890 2 97 88 179 86 196310 247031 349811 371129
104 zu 000 M 607 8934 12361 14878 25128 40 71 4 793 77716 84156 90 32 92182 93549 107595 115148 1[illegible] 137184 139147 142095 146316 14[illegible]043 151060 162627 15[illegible]780 60 20 177907 180[illegible]23 181667 18 4 3 190764 218632 222941 2[illegible]58 9 225661 234619 245531 2[illegible]0351 270698 270558 274191 28 998 29[illegible]726 297369 316114 322349 322618 327211 331738 334062 336738 365442 362156 372724

In der Abteilung 2 wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:

4 zu 15000 M 13763 66311
4 zu 0 00 M 16 617 317180
14 zu 5000 M 51446 101844 145603 236568 278318 364317 368474
14[illegible] zu 000 M 4613 [illegible]848 16163 181 0 21 67 2 898 [illegible] 24 81 36768 38731 28 78 47759 56031 57161 6 766 66698 71041 70174 7 420 81 64 8[illegible]310 67265 67516 884 6 90117 95[illegible] 1 92367 [illegible]6741 10446 109717 1136 1 120748 13 237 13[illegible] 76 140737 4 06 14839[illegible] 168 94 180[illegible]3 193 37 194428 194[illegible]44 101787 202368 [illegible] 79 208016 215342 [illegible] 224549 [illegible]27 [illegible] 29 237047 240469 [illegible]466 6 251643 2566 3 [illegible]61 [illegible]621 7 284664 290152 150471 2[illegible]2338 2[illegible]3477 299[illegible]04 30[illegible]749 306401 3106[illegible]0 3[illegible] 650 3[illegible]2024 328119 [illegible]30177 38466[illegible] 356369 [illegible]29 66

In der Abteilung 3 wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:

4 zu 15000 M 19[illegible]9[illegible]0 369336
2 zu 10000 M 1[illegible]6[illegible]69
10 zu 5000 M [illegible]8966 188402 307230 306047 308574
144 zu 3000 M [illegible]748 481[illegible] [illegible]870 31006 [illegible]6060 [illegible]7124 73772 803[illegible]1 80068 86[illegible]3 61676 72[illegible]86 75970 7[illegible]92 8062[illegible] 90[illegible]6 [illegible]0766 117856 1[illegible]9 [illegible]7 120560 127364 125760 11[illegible]642 13[illegible]6[illegible]5 134197 137[illegible]62 140460 141578 14[illegible]59[illegible] 146163 147310 1[illegible]6 0 156163 157690 165 67 166 33 17[illegible]661 173[illegible]16 187126 [illegible]96[illegible]37 20 480 21[illegible]61 21 223 216816 [illegible] 46 6 218627 2[illegible]9 [illegible]40 60 [illegible]8 04 25[illegible]4 9 [illegible]56540 [illegible]5695 2 261277 261687 264049 2[illegible]69 2 6 36 268772 275477 285405 291605 2 6791 3[illegible]6148 32150[illegible] [illegible]24400 3[illegible]4416 3460[illegible]1 3[illegible]6907 360489 3[illegible]3007 367497 37[illegible]6[illegible]3 373169

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den staatlichen Lotterie-Einnehmern zur unentgeltlichen Einsicht ausliegen.

Allgemeiner Feuerbestattungs-Verein zu Berlin E. V.
Geschäftsstelle: W. 15, Uhlandstr. 42.
Fernspr.: Uhland 2173. Postscheckkonto 117 070
Geöffnet von 10—4 Uhr, Freitag von 9—7 Uhr

Monatsbeitrag von 6—35 Jahren 1,50 M. Nach 20 Jahren beitragsfrei
Aufnahmegebühr: bis 45 Jahre 3 M., im 46. Jahre 12 M., im 47. Jahre 24 M., im 48. Jahre 36 M., im 49. Jahre 48 M., im 50. Jahre 60 M., im 51. Jahre 80 M., im 52. Jahre 100 M., im 53. Jahre 120 M., im 54. Jahre 140 M., im 55. Jahre 160 M. Ueber 55 Jahre Aufnahmegebühr 11 M., Beitrag einmalig von 55—60 Jahren 3000 M., bis 65 Jahre 6000 M., bis 70 Jahre 8000 M., bis 75 Jahre 10 000 M. Ueber 75 Jahre jeweilige Bestattungskosten.
Nach einjähriger Mitgliedschaft kostenfreie Bestattung.

Darunter versteht unser Verein: Vorschriftsmäßiger Holzsarg mit Dekoration und Innenausstattung, Einzelüberführung nach dem Krematorium mit eigenem Spezial-Glasleichenwagen nebst Begleitern, die amtsärztlichen Atteste, Orgelspiel in der Halle sowie Ausschmückung derselben. Für Mitwirkung eines beamteten Geistlichen werden die Kosten bis 30 M vergütet. — die Einäscherung, Aschenkapsel, Beisetzung derselben und die Stelle. — Für Mitglieder, welche beim Ableben dem Verein noch kein Jahr angehören, übernimmt der Verein die Vermittlung; die anderen Selbstkosten tragen die Hinterbliebenen.
Der Vorstand.